



Arbeitspapier der AG „Transparenz im Nonprofit-Sektor“

Ziel:

Stärkung von Transparenz und Rechenschaftspflicht (*accountability*) im Nonprofit-Sektor, um interne Korruptionsgefahren zu minimieren und den Sektor insgesamt als vorbildlichen Akteur im Hinblick auf gute Organisationsführung zu stärken.

I. Die Situation

Nonprofit-Organisationen werden zum Nutzen des Gemeinwohls gegründet. Dafür erhalten sie die Unterstützung von Spendenden, Mitgliedern, Fördernden, ehrenamtlich Tätigen, engagierten (oft moderat bezahlten) MitarbeiterInnen, Zustiftenden, Staat und anderen. Sie sind mithin Treuhänder von geschenkter Zeit, Geld und anderen Werten für das Gemeinwohl und insofern ganz besonders gehalten, ihre Organisationen verantwortlich und transparent zu führen.

Der Nonprofit-Sektor hat in Deutschland ein erhebliches Gewicht erlangt. Schätzungen zu Folge arbeiten hier derzeit ca. 2 Millionen Menschen, die einen Anteil von etwa 4 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts (ca. € 100 Mrd.) erwirtschaften. Zusätzlich sind rund 17 Mio. Menschen ehrenamtlich im gemeinnützigen Sektor tätig.¹ Über 590.000 eingetragene Vereine, ca. 15.000 Stiftungen² sowie gemeinnützige GmbHs, Selbsthilfegruppen, Verbraucherorganisationen, Umweltschutzgruppen und Bürgerinitiativen - um nur einige Organisationsformen des gemeinnützigen Sektors zu nennen - prägen das Bild. BürgerInnen werden aktiv, übernehmen Verantwortung, setzen sich ein und verleihen der Pluralität von Interessen in unserer Gesellschaft ihre Stimme. Der Nonprofit-Sektor etabliert sich als tragende dritte Säule unserer Gesellschaft - auf Augenhöhe mit Wirtschaft und Politik. Sein größtes Kapital ist dabei das Vertrauen der Menschen in seine Rechtschaffenheit als Treuhänder. Dieses gilt es zu erhalten und weiter auszubauen.

Eine besondere Verpflichtung zu Transparenz und Rechenschaft gegenüber der breiten Öffentlichkeit ergibt sich nicht zuletzt aus der Tatsache, dass mehr als 60% der verwendeten Mittel aus Steuergeldern stammen. Während aber die Transparenz- und Rechenschaftspflichten für Politik und Wirtschaft in den letzten Jahren immer weiter ausgebaut wurden (auch Dank des beharrlichen Einsatzes von Nicht Regierungsorganisationen), steht dieser Prozess für den Nonprofit-Sektor selbst noch am Anfang:

- So sind Nonprofit-Organisationen in Deutschland (anders als Parteien oder AGs) nicht verpflichtet die Öffentlichkeit über die Verwendung ihrer Mittel zu informieren.

¹ Bertelsmann Stiftung: *Engagement mit Wirkung. Warum Transparenz über die Wirkung gemeinnütziger Aktivitäten wichtig ist*, 2007

² http://www.sozialmarketing.de/Zahlen___Fakten.259.0.html

- Gegenüber den eigenen Mitgliedern besteht zwar eine Informationspflicht, allerdings ist diese nicht näher spezifiziert.
- Während die Daten zu allen Kapitalgesellschaften bundesweit auf der Internetseite www.unternehmensregister.de eingesehen werden können, sind Informationen zu den ca. 550.000 Vereinen auf über 600 Amtsgerichte verteilt und nur in Ansätzen elektronisch erfasst. Hinterlegt sind dort auch nur Informationen zu: Vereinszweck, Satzung, Adresse und Namen der Vereinsleitung.
- Gegenüber dem Finanzamt müssen Nonprofit-Organisationen zwar Auskunft erteilen, aber ein einheitliches Format, wie dies in England und den USA üblich ist, existiert dafür nicht. Jede Form der Vergleichbarkeit wird so erheblich erschwert. Überdies unterliegen die Informationen dem Steuergeheimnis. Weder der Status der Gemeinnützigkeit noch der Geschäftsbericht zum Nachweis derselben, sind öffentlich zugänglich.
- Informationen zu den ca. 15.000 Stiftungen sind ebenfalls in keiner Zentraldatei erfasst. Sie unterliegen den Stiftungsaufsichten der jeweiligen Bundesländer. Eine einheitliche Form der Buchhaltungsvorschriften existiert ebenso wenig wie einheitlichen Bewertungs- und Definitionskriterien für Vermögenswerte. Einige Stiftungsbehörden haben allerdings begonnen Daten über die rechtsfähigen Stiftungen zu veröffentlichen.

II. Das Problem

Immer wieder gelangen Fälle von Veruntreuung, Missbrauch oder vernachlässigten Aufsichtspflichten an die Öffentlichkeit. Ausschlüsse u. a. vom Spenden-Siegel vergebenden Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (UNICEF) oder dem Deutschen Spendenrat (Deutsche Kinderhilfe), Entzug der Gemeinnützigkeit (Leuchtturm) oder Untreue Klagen gegen Funktionsträger (Tierschutzverein Hamburg und Tierheim Berlin) sind die Folge. Vor allem aber beschädigt jeder einzelne Fall zugleich den Ruf eines ganzen Sektors, in dem die große Mehrzahl der Organisationen nach wie vor hervorragende Arbeit leistet.

So mehren sich denn auch kritische Stimmen von WissenschaftlerInnen und MedienvertreterInnen, die eine angemessene Verschärfung der Offenlegungspflichten für den gemeinnützigen Sektor fordern. Dr. Stefan Nährlich, der *Nonprofit Management und Governance* an der Universität Münster lehrt, betont: „Dass ein Grundvertrauen in gemeinnützige Organisationen berechtigt ist, wird mit jedem weiteren Skandal immer mehr in Frage gestellt... Der Gesetzgeber sollte daher jetzt für eine Publizitätspflicht gemeinnütziger Organisationen sorgen, so dass erkennbar wird, woher die Mittel kommen, wofür sie verwendet werden und wer darüber entscheidet.“³ Bereits 2001 konstatierte die Regierungskommission Corporate Governance in ihrem Endbericht: „Die Regierungskommission ist (...) der Auffassung, dass rechtspolitischer Diskussionsbedarf vor allem hinsichtlich solcher Vereine besteht, die steuerliche Privilegien in Anspruch nehmen, Spenden einsammeln oder als Idealvereine im Rahmen des so genannten Nebenzweckprivilegs als Wirtschaftsunternehmen tätig sind.“

Auch das jährlich von Transparency International erstellte *Global Corruption Barometer* spiegelt die Tatsache, dass u. a. Nicht Regierungsorganisationen in Deutschland aufgerufen sind, sich verstärkt mit dem Thema Transparenz zu

³ Nährlich, Stefan: „Aus Schaden klug werden“ in: Aktive Bürgerschaft aktuell Nr. 76 vom 31.03.2008

befassen. Belegten sie im Jahr 2007 doch nur den 9. von insgesamt 14. Rängen bei der Bewertung Sektor-spezifischer Korruptionsanfälligkeit und lagen damit u. a. hinter dem Finanzamt, der Polizei, dem Bildungswesen und den Religiösen Institutionen. Eine Studie von McKinsey vom Dez. 2008⁴ schließlich hält nach Befragung von Vertretern großer deutscher Stiftungen, gemeinnütziger Organisationen und Verbände fest: „Es mangelt an Transparenz, da weder eine umfassende Spendenstatistik noch ein Überblick über Ziele und Programme aller Spenden sammelnden Organisation existieren. Das Fehlen einer Publikationspflicht behindert eine faktenbasierte Debatte.“

III. Wege zur Lösung

Im Nonprofit- Sektor selbst:

- offener, kritischer Diskurs über angemessene Transparenz- und Rechenschaftspflichten von Nonprofit-Organisationen (z.B. in bestehenden Foren / Netzwerken etc.)
- Wahrnehmung der natürlichen Vorbildfunktion des Nonprofit-Sektors in Sachen Transparenz und Rechenschaft durch aktive Transparenzinitiativen und wirksame Selbstregulierung
- Mitwirkung an der Entwicklung eines einheitlichen Formates für die aussagekräftige Berichterstattung gegenüber der Öffentlichkeit

Auf der regulativen Ebene:

- gesetzliche Verpflichtung für alle Organisationen mit Gemeinnützigkeitsstatus Folgendes nach einem einheitlichen Format zu veröffentlichen:
 - Satzung, Ziele, Vorgehensweise zur Erlangung der Ziele
 - Jahresfinanzbericht (Herkunft / Verwendung der Ressourcen nach Art & Umfang)
 - aussagekräftiger Tätigkeitsbericht
 - Namen der leitenden Personen (Vorstand, Beirat, Ausschüsse, Geschäftsführung)
- bundesweite, kostenlos einsehbare, elektronische Vereinsregister
- Auskunft der Finanzämter über den Status der Gemeinnützigkeit einer Organisation
- Einführung von einheitlichen Sammlungsgesetzen in allen Bundesländern (Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit eine Organisation öffentlich Spenden sammeln darf)
- unabhängige Schiedsstelle mit spezifischer Kompetenz im Nonprofit-Sektor für strittige Fälle der Aberkennung oder Nicht-Zuerkennung des Gemeinnützigkeitsstatus

Beitrag von Transparency Deutschland:

- Expertise im Hinblick auf best practice Lösungen zu verantwortungsvoller Transparenz und Rechenschaft im Nonprofit-Sektor entwickeln (auch im internationalen Vergleich)
- Erstellung von Instrumenten zur Evaluation und Verbesserung von Transparenz / Rechenschaft. Zum Beispiel: Checkliste für Nonprofit-Organisationen, anhand derer ihre Transparenz und Rechenschaftslegung evaluiert werden kann

⁴ McKinsey Studie „Gesellschaftlichen Wandel gestalten“, Dez. 2008

- Zusammenarbeit mit Koalitionspartnern im Nonprofit-Sektor, um gemeinsame Expertise zu entwickeln und dem Thema mehr Gewicht zu verleihen
- Lobbyarbeit für verbesserte Offenlegungspflichten, um die Informationsrechte von der Stakeholder zu stärken

Mehr Transparenz im Nonprofit-Sektor würde es erlauben, die Arbeit der zahllosen Organisationen, die hervorragende Arbeit leisten, angemessen darzustellen und zu würdigen, statt sie gemeinsam mit den wenigen schwarzen Schafen in einer Grauzone der Intransparenz zu vermengen. Transparenz hat sich nicht nur als probates Mittel der Korruptionsprävention und Effizienzoptimierung bewährt, sie untermauert zugleich das wichtigste Gut des gemeinnützigen Sektors: das Vertrauen von Staat, Steuerzahlenden, Spendenden und vielen anderen Stakeholdern in seine positive Gestaltungskraft für unsere Gesellschaft.

Stand: 25.04.2009